

St.Gallen, 26. Oktober 2020

Stadtrat
Stadtkanzlei
9000 St.Gallen

Einfache Anfrage: Politik-Werbung für radikale Konzern- bzw. Unternehmens-Verantwortungs-Initiative am städtischen Volksbad

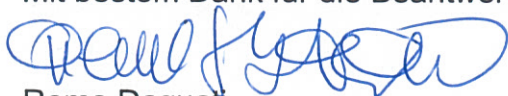
Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrte Frauen und Herren Stadträte

Am 29. November 2020 wird über die radikale Volksinitiative "Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt" von kirchlichen und linken Kreisen abgestimmt. Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland respektieren. Selbst dem Bundesrat gehen die übertriebenen Forderungen der Initianten insbesondere im Bereich der Haftungsregelung zu weit. Deshalb unterstützt er den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments.

Wer aktuell das städtische Volksbad passiert, findet an dessen Fassade Pro-Plakate zu besagter Initiative und weiteren linksradikalen Volksbegehren. Der Stadtrat wird deshalb zur Beantwortung folgender Fragen eingeladen:

1. Wie konnte aus Sicht des Stadtrats die Fassade des Volksbads mit Pro-Bannern zur Konzern- bzw. Unternehmens-Verantwortungs-Initiative behangen werden? Welche städtische Direktion steht hinter einer allfälligen Duldung dieser Aktion?
2. Sind dem Stadtrat weitere Beispiele bekannt, bei denen an städtischen Verwaltungsgebäuden oder städtischen Liegenschaften für die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative geworben wird? Ist der Stadtrat gewillt, solche Plakate und Banner oder sonstige Werbemittel umgehend zu entfernen?
3. Ist es denkbar, dass städtische Liegenschaften und Verwaltungsgebäude auch künftig für extremistische politische Propaganda genutzt werden können? Wie gedenkt der Stadtrat bei künftigen vergleichbar radikalen Initiativen zu handeln?

Mit bestem Dank für die Beantwortung und freundlichen Grüssen



Remo Daguati
Stadtparlamentarier, FDP.Die Liberalen